

s.C.41.110.1.  
 s.C.41.775.3.1. - WF/rc  
 s.C.41.780.0.

3003 Bern, den 2. Juni 1971

VERTRAULICH

Sitzung der ständigen Wirtschaftsdelegation  
 vom 1. Juni 1971  
 (Zusammenfassung)

---

Traktanden: - Europäische Integration  
 - Jahrestagung des OECD-Ministerrats in  
 Paris, 7. und 8. Juni 1971

I. Europäische Integration  
 =====

a) Lagebericht von Herrn Botschafter Jolles.

Nach dem ursprünglichen Plan waren für die Regelung des Verhältnisses der EG zu den Staaten, die eine Annäherung suchen, drei Verfahrensstufen in Aussicht genommen worden: Erkundigungsgespräche auf Beamtenebene; Meinungsbildung auf politischer Ebene (EG-Kommission); Verhandlungen im Ministerrat zur Vorbereitung des Verhandlungsmandats. Wir befinden uns gegenwärtig in der 2. Phase des Stufenplans und müssen feststellen, dass diese Phase nicht gemäss den ursprünglichen Erwartungen verläuft. Es war seinerzeit vorgesehen worden, dass das Ergebnis der exploratorischen Gespräche mit der Schweiz noch diskutiert würde, bevor die Kommission ihren Bericht an den Ministerrat erstellt. Nun ist aber die Kommission wegen des vom Ministerrat aufgestellten Terminplans in Zeitnot geraten. Der Schweiz blieben nur einige wenige Tage, um den Kommissionsbericht im Entwurf zu prüfen, und man musste sich darauf beschränken, die grössten Fehler zu korrigieren.

./.

- 2 -

Zum bisherigen Ergebnis lässt sich folgendes sagen:

Positiv: Es gelang, eine Bestandesaufnahme der Probleme vorzunehmen, den Nachweis für die Funktionsfähigkeit gewisser Lösungsmöglichkeiten (z.B. Ursprungskontrolle) zu erbringen, Gesamtlösungen, die für uns nicht in Frage kommen (Zollunion), zu eliminieren und schliesslich den institutionellen Rahmen für ein engeres Verhältnis Schweiz-EG zu erörtern.

Negativ: Auf Seiten der EG fehlt eine bestimmte Konzeption für die mit der Schweiz (und andern verhandlungswilligen Staaten) zu treffende Regelung, namentlich was die Auswahl der zu regelnden Sachgebiete und die Aufstellung einer Prioritätsordnung betrifft.

Der Zeitdruck, unter dem die Kommission steht, hat sie leider gezwungen, sich ihre Meinung über die Regelung des Verhältnisses zu den nichtbeitrittswilligen Staaten zu bilden, bevor die Mitglieder über den Verlauf der Vorgespräche eingehender orientiert und dokumentiert waren. Gewisse Begleitumstände, so namentlich die Folgen der jüngsten Währungskrise sowie die zwischen den Regierungschefs Frankreichs und Grossbritanniens erzielte Einigung trugen weiter dazu bei, dass die Meinungsbildung auf Kommissionsstufe unter äusserst ungünstigen Voraussetzungen begann. Der englische Premierminister Heath erklärte bekanntlich im Anschluss an seine Gespräche mit Pompidou, Grossbritannien und Frankreich wünschten übereinstimmend die Erhaltung der Identität der Mitgliedstaaten und des Einstimmigkeitsprinzips in wichtigen Fragen; auch die BRD gedenkt sich offenbar dieser Auffassung anzuschliessen -- Aussenminister Scheel hat bei seinem Gespräch mit Bundesrat Graber den französisch-englischen Standpunkt als "realistisch" bezeichnet --. Die EG-Kommission befindet sich

./.

- 3 -

somit in der Defensive und scheint den Aufweichungserscheinungen, die die Erweiterung der Gemeinschaft zur Folge haben könnte, mit einer weniger kompromissbereiten Haltung gegenüber den nichtbeitrittswilligen Staaten vorbeugen zu wollen. Dies ist jedenfalls der Einaruck, den der Entwurf zum Bericht an den Ministerrat hinterlässt.

Angesichts dieser Situation sehen wir uns veranlasst, die Möglichkeiten, die sich auf der 3. Stufe (Verhandlungen des Ministerrats) bieten, voll und ganz auszuschöpfen. Im Hinblick darauf hat sich die Schweiz in Reykjavik, bei ihren Efta-Partnern bereits mit gewissem Erfolg für eine Verstärkung des Konsultationssystems eingesetzt, um einen möglichst grossen gemeinsamen Nenner für die nichtbeitrittswilligen Staaten zu finden. Ferner ist vorgesehen, die schweizerischen Botschafter eingehend über die Lage zu orientieren; zu diesem Zwecke findet am kommenden Freitag in Bern eine Botschafterkonferenz statt.

Für die schweizerische Haltung in der kommenden Phase werden folgende Richtlinien bestimmend sein: Gestützt auf die Entscheidung, die die EG-Mitgliedstaaten im vergangenen Jahr in Den Haag getroffen haben, will die Schweiz gleichzeitig mit den übrigen interessierten Staaten zu einer Vereinbarung über die Gestaltung ihres Verhältnisses zu den EG gelangen. Was die Regelung im einzelnen betrifft, so lässt sich auf Grund der exploratorischen Gespräche feststellen, dass nicht alles, was anfänglich ins Auge gefasst wurde, jetzt schon geregelt werden kann. Andererseits darf sich die Schweiz nicht auf eine zeitlich befristete Vereinbarung einlassen, die lediglich den industriellen Zollabbau zum Gegenstand hat. Anzustreben ist vielmehr ein zeitlich unbefristetes Rumpfabkommen, das neben den Industriezöllen auch das Wettbewerbsrecht und nötigenfalls den Landwirtschaftssektor, der ein besonderes Anliegen der EG bildet, regelt. Ferner müsste eine Klausel über die Schaffung

./.

- 4 -

eines gemischten Ausschusses in das Abkommen aufgenommen werden; diesem Gremium würde es obliegen, über weitere Fragen von gegenseitigem Interesse, wie namentlich die Zusammenarbeit im Währungssektor, im Gebiete der Technologie und der Industriepolitik usw. Konsultationen zu pflegen.

Was die Orientierung der Oeffentlichkeit und des Parlaments betrifft, so erscheint sie im gegenwärtigen Zeitpunkt zwar wünschbar, doch bietet der Kommissionsbericht hierfür aus den erwähnten Gründen keine ausreichende Basis. Man nimmt deshalb in Aussicht, in teilweiser Beantwortung der Motion Furgler anfangs Juli einen Zwischenbericht zu erstellen, der dann während der Herbstsession im Parlament zur Diskussion gestellt werden könnte.

b) Diskussion: Die Herren Fischer, Jucker und Oetterli äussern gewisse Bedenken wegen der Schaffung eines Konsultativausschusses, da sie befürchten, die Schweiz könnte hierdurch auf den Gebieten, die Gegenstand der Konsultationen zu bilden hätten, seitens der EG unter Druck gesetzt und allzuleicht zu gewissen Zugeständnissen gegenüber den EG gezwungen werden. Herr Jucker befürchtet zudem, mit einer solchen Klausel könnte eventuell der Weg zu einer Art Assoziation beschritten werden, wie sie schweizerischerseits vor 10 Jahren in Aussicht genommen wurde, heute aber keinesfalls mehr gewünscht wird.

Herr Botschafter Jolles stellt fest, dass das vorgesehene Konsultationssystem dem Meinungs austausch über Fragen von gemeinsamem Interesse, sodann aber auch der Vorabklärung von Fragen, die allenfalls staatsvertraglich geregelt werden könnten, zu dienen hätte. Die Klausel hält sich übrigens im Rahmen der bundesrätlichen Instruktionen, wonach ein Abkommen anzustreben ist, das entwicklungsfähig bleibt. Auch die Bedenken von Herrn Jucker sind unbegründet, weil schweizerischerseits klar zum Ausdruck gebracht wurde, man wünsche nicht auf der Grundlage des

./.

Römervertrags zu verhandeln, sondern suche eine Vereinbarung sui generis. Herr Winterberger teilt die Auffassung von Herrn Botschafter Jolles und sieht seinerseits keinen Grund zu irgendwelchen Befürchtungen, da ergänzende Vereinbarungen zum Rumpfabkommen nach der bestehenden Konzeption notwendigerweise Gegenstand einer formgerechten staatsvertraglichen Regelung bilden müssten.

Herr Juri bedauert sehr, dass die abschliessende Phase der exploratorischen Gespräche ausfiel. Sie hätte unter Umständen nähern Aufschluss über die Intentionen der Kommission im Agrarsektor geben können. Herr Juri ist aber gleichwohl in der Lage zu erklären, dass sich die Landwirtschaftskreise dem Einbezug der Agrarfrage ins Rumpfabkommen nicht widersetzen, wünscht aber, dass man zurückhaltend ist.

- c) Herr Botschafter Jolles stellt abschliessend fest, dass in allen wesentlichen Punkten Uebereinstimmung herrscht, und fasst das Ergebnis wie folgt zusammen:
- Die Gestaltung des Verhältnisses der Schweiz zu den EG soll im Gleichschritt mit den übrigen interessierten Staaten erfolgen.
  - Das Rumpfabkommen soll die erwähnten vier Punkte umfassen, als Ganzes aber eine ausgewogene Lösung darstellen und zeitlich nicht befristet sein.
  - Der institutionelle Unterbau (Konsulatives Organ) soll zum Zwecke der Lösung bestimmter Fragen geschaffen werden, die von gemeinsamem Interesse sind, zur Zeit aber noch nicht für eine Regelung reif sind. Die Kommission sollte überdies ermächtigt werden, selbständig die Gremien zu bestimmen, die sich mit dem Studium der einzelnen Fragen zu befassen haben.
  - Bevor die Modalitäten der Konsultativklausel festgelegt werden, wird die ständige Wirtschaftsdelegation hierzu noch Stellung nehmen können.

## II. OECD-Ministerratstagung in Paris

Herr Botschafter Languetin gibt einen Ueberblick über das Verhandlungsprogramm. Er erwähnt bei dieser Gelegenheit, dass bei der kommenden Ministerratstagung Australien als neues Mitglied in die Organisation aufgenommen wird.

Hauptdiskussionspunkte der Ministerratstagung sind:

- Die internationale Wirtschaftslage
- Die Welthandelsprobleme

### 1. Internationale Wirtschaftslage

Im Vordergrund des Interesses stehen das Inflationsproblem und die Konjunkturlage. Beide Fragen stehen in engem Zusammenhang mit der amerikanischen Geld- und Wirtschaftspolitik. Es ist damit zu rechnen, dass die Diskussion hierüber zu einer Konfrontation zwischen den USA einerseits und den europäischen Staaten andererseits führen wird.

Nach Auffassung der Ständigen Wirtschaftsdelegation sind die Probleme, mit denen die Industriestaaten gegenwärtig zu kämpfen haben, primär die Folge einer verfehlten Währungspolitik. Bei der Darlegung des schweizerischen Standpunktes wird daher das Schwergewicht auf diesen Punkt gelegt werden müssen. Im besonderen kann auch darauf hingewiesen werden, dass die Konsultationsmechanismen im Währungssektor bisher nicht befriedigend zu funktionieren vermochten und neue Anstrengungen nötig sind, um dem Währungsproblem beizukommen. Die Idee einer verstärkten Zusammenarbeit innerhalb der Organisation verdient daher auch schweizerischerseits unterstützt zu werden. In diesem Zusammenhang stellt die Ständige Wirtschaftsdelegation fest, dass dem Währungsproblem zur Zeit eine zentrale Bedeutung zukommt. Sie ist daher der Meinung, dass sie sich in nächster Zeit intensiver mit dieser Frage befassen und dem Bundesrat

./.

einen Bericht hierüber zukommen lassen sollte.

## 2. Welthandelsprobleme

Nachdem bereits das GATT eine Initiative zur Wiederbelebung der Diskussion über die gegenwärtigen Welthandelsprobleme ergriffen hat, soll sich nun nach einem Vorschlag des Generalsekretärs der OECD auch diese Organisation mit gewissen Aspekten des Welthandels, so namentlich mit seinen Perspektiven angesichts der gegenwärtigen Integrationsbestrebungen, befassen. Vorgesehen ist die Bildung einer Arbeitsgruppe mit begrenzter Mitgliederzahl. Herr Botschafter Jolles benützt die Gelegenheit, um die Ständige Wirtschaftsdelegation kurz über seine Besprechung mit David Kennedy in Genf zu orientieren. Die Besprechung hat ihn in der Auffassung bestärkt, dass die amerikanische Regierung nach wie vor in starkem Masse von den innenpolitischen Wirtschaftsproblemen beansprucht wird. Die protektionistische Strömung in den USA erlaubt es der Regierung ebenfalls nicht, sich ernsthaft auf Verhandlungen im GATT einzulassen. David Kennedy glaubt, die USA könnten sich ab 1973 wieder stärker engagieren. Man weiss andererseits, dass die Initiative des Generalsekretärs der OECD auf Veranlassung der USA ergriffen wurde. Es kann somit angenommen werden, dass die USA, ohne sich auf etwas Bestimmtes verpflichten zu müssen, in der OECD das Studium der Welthandelsprobleme befürworten, um weniger dem Vorwurf ausgesetzt zu sein, sie seien gegen eine weitere Liberalisierung des Welthandels eingestellt.

Gleichwohl erscheint eine positive Einstellung zur Initiative des Generalsekretärs der OECD angezeigt, da sie ebenfalls zur Wiederbelebung des Gespräches über die Welthandelsprobleme beitragen dürfte. Es besteht indessen die Meinung, dass das Studium der Welthandelsprobleme in der OECD die Bemühungen des GATT nicht beeinträchtigen sollte. Diese verdienen schweizerischerseits umso grössere Beachtung, als vorgesehen ist, von Anfang an die Regierungen in den Meinungsbildungsprozess ein-

- 8 -

zuschalten. Was die zu bildende OECD-Arbeitsgruppe betrifft, so sollte man sich darum bemühen, einen schweizerischen Experten in die Gruppe hineinzubringen.

Wirtschafts- und Finanzdienst

*h. o. Hoehel.*

Verteiler: Herr Bundesrat P. Graber  
Herr Botschafter E. Thalmann  
Herr Botschafter R. Keller  
Herr Botschafter S. Marcuard  
Herr Botschafter R. Bindschedler  
Herr Botschafter E. Diez  
Herr Minister M. Gelzer  
Herr Minister H. Miesch  
Herr Minister R. Pestalozzi  
Herr Minister A. Natural  
Herr Minister E. Vallotton  
Herr P. Erni

NU/RL/WF/FZ/MYJ